

Weihnachtsgeschichte mit Gedanken zum Jahreswechsel

Ich will hier eine aktuelle **Weihnachtsgeschichte** erzählen, die nicht ganz unpolitisch ist. Wer Politisches nicht mag oder keine Zeit hat, sollte diese Geschichte nicht lesen.

Unterbrüche in der Routine, wie sie Weihnachten und Neujahr bieten, sind eine Gelegenheit, um zur Ruhe zu kommen und über Wesentliches nachzudenken. Um den Zustand der Besinnlichkeit zu erreichen, sind Schneeflocken hilfreich, weil sie den Lärm absorbieren. Auch wenn es nicht schneien will, sollte man sich etwas Ruhe gönnen.

Ich habe vor einem Monat eine sehenswerte Ausstellung im Schloss Morges am Genfersee besucht. Der Titel: *Top Secret. Espionnage et résistance en Suisse et en Europe 1939-1945*.

Eine Ausstellung über ein heikles Thema, gut dokumentiert. Sie ist auch 2026 noch zu sehen. Die Ausstellungsgegenstände, an die ich mich erinnere: Flugblätter des antifaschistischen Widerstands, Chiffriergeräte, eine geheime Funkanlage, eingebaut in einen Plattenspieler, Ausrüstungen von Geheimdienstmitarbeitern, Gadgets wie aus James Bond-Filmen. Auch auf feinen Seidenstoff gedruckte Landkarten, die die alliierten Bomberpiloten auf dem Körper trugen mit Angaben, wie sie im Falle eines Abschusses am besten das Gebiet der neutralen Schweiz erreichen konnten.

In der Ausstellung kann man nachvollziehen, wie heikel die Situation der Schweiz war, als alle Nachbarstaaten unter der Kontrolle von Faschisten und Nationalsozialisten standen und die Schweiz sich trotzdem einen gewissen Spielraum bewahrte. Weil alles so *top secret* ist, ist fotografieren verboten. Ich habe mich an das Verbot gehalten.

Die ausgestellte Sammlung gehört Jacques Baud, einem ehemaligen Nachrichtenoffizier im Generalstab der Schweizer Armee, der auch für die UNO und die NATO auf verschiedenen Missionen im Einsatz war, in Afrika, in der Ukraine, in Krisengebieten.

Der Offizier ist publizistisch tätig, und sein Denken endet nicht 1945. Kürzlich habe ich von ihm in einer Buchhandlung das Buch mit dem Titel *Guerres secrètes en Ukraine* gesehen und gekauft, publiziert in Paris 2025, mit 715 Fussnoten. Jacques Baud verwendet für seine Analyse westliche und ukrainische Quellen, nicht russische. Der Autor beschreibt in seinem Buch die weniger sichtbaren Seiten des Krieges und die Verstrickung verschiedener westlicher Geheimdienste in den Krieg. Was er schreibt, entspricht dem Narrativ der Europäischen Kommission und der Mainstream-Medien wohl zu wenig.

Kurz vor Weihnachten kam Jacques Baud deswegen auf die Sanktionsliste der Europäischen Union.

À l'initiative de la France, l'Europe prend aujourd'hui des sanctions contre les relais de la propagande du Kremlin, frohlockte der französische Aussenminister Jean-Noël Barrot auf X am 15. Dezember 2025.

Jacques Baud, der angebliche Verbreiter von Kreml-Propaganda, darf jetzt nicht mehr einreisen in die Europäische Union, wo er wohnt. Seine Konten sind blockiert. Er darf keine Zahlungen mehr machen. Niemand darf ihn unterstützen. Er darf auch nichts verdienen mit seinen Büchern. Da die Entscheidung zur Sanktionierung von der Europäischen Kommission gefällt wurde, von einer politischen Instanz und nicht von einem Gericht, ist es fast unmöglich, sie gerichtlich anzufechten. Anscheinend waren im Falle nicht gerechtfertigter Sanktionierungen bisher auch keine Ansprüche auf Schadenersatz einklagbar.

Bis die Sanktionen gegen den Kreml und seine Gefolgschaft aufgehoben werden, dürfte es noch einige Jahre dauern. In der Zwischenzeit darf der Schweizer Offizier in Brüssel keine Rechnungen bezahlen und nichts zu essen kaufen.

Während die Präsidenten der USA mit ihrer *kill list* aussergerichtliche Todesurteile gegen angebliche oder wirkliche Terroristen fällen, sanktioniert die Europäische Kommission ohne Anhörung, ohne Verteidigung und ohne Gerichtsurteil nicht nur Russen, sondern auch ihre eigenen Bürger und in diesem Fall einen Schweizer. So verteidigt sie *europäische Werte*.

Ich habe 2025 ein weiteres Buch gekauft und – Stand heute – bis Seite 117 gelesen. Es ist das Buch von J.D. Vance: *Hillbilly Elegy. A memoir of a family and a culture in crisis*. Das 2016 publizierte autobiographische Buch über das Elend seiner eigenen Familie, der Nachkommen europäischer Migranten in den USA, wurde ein Bestseller, lange bevor jemand ahnen konnte, dass aus dem Autor ein amerikanischer Vizepräsident werden könnte.

Der Mann fiel mir auf, als er sich an der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 kritisch zu Europa äusserte, indem er sagte: *the threat that I worry the most about vis-à-vis Europe is not Russia, it's not China, it's not any other external actor... what I worry about is the threat from within, the retreat of Europe from some of its most fundamental values*. Was ihm also Sorgen macht, ist der Abschied Europas von ihren Grundwerten.

Konkret bemängelte er in seiner Rede beispielsweise, dass der aussichtsreichste Kandidat von den Wahlen in Rumänien ausgeschlossen wurde, als Agent des Kremls.

Auch wenn ich in Bezug auf Europa ähnliche Sorgen habe wie J.D. Vance, so bin ich selbst doch kein Freund der USA, sondern ein besorgter Freund Europas. Ich unterstütze keine Ansprüche der USA in Venezuela, Grönland, Irak, Syrien, Palästina und so weiter, auch nicht die Stationierung von amerikanischen Truppen in Europa, in Ramstein, in Camp Bondsteel und so weiter. Ich unterstütze auch nicht die Durchsetzung des amerikanischen Rechts oder Unrechts ausserhalb der Grenzen der USA.

Trotzdem glaube ich, dass J.D. Vance einen wunden Punkt traf.

Problematisch verliefen 2025 nicht nur die Wahlen in Rumänien, sondern auch die Wahlen in Moldawien. Die Oppositionsführerin wurde eingesperrt, als Agentin des Kremls natürlich. Ihre Partei wurde verboten. Die Diaspora im Westen wählte. Die zahlenmässig grosse Diaspora in Russland wurde von den Wahlen praktisch ausgeschlossen. Die Europäische Kommission freute sich, die Presse mit ihr.

Zurück zu Jacques Baud. Der Autor, der in Brüssel lebt, hat kürzlich in einem Interview erklärt, dass er keine irgendwie geartete Beziehung zu Russland unterhält und Interviewanfragen von russischen Medien bewusst abgelehnt hat. Jacques Baud folgt seinen Interessen, sammelt Informationen, stellt sie zusammen und analysiert sie. Er bleibt dabei zurückhaltend. Er sei bewusst nicht auf sozialen Medien präsent. An der Kasse der Ausstellung in Morges fand ich keinen Hinweis auf seine Bücher zu geopolitischen Themen. Aber wenn der Mann höflich angefragt wird, gibt der Mann freundlich Auskunft über seine Erkenntnisse, wie man in zahlreichen Videos sieht, die im Internet zirkulieren.

Jacques Baud gilt seit langem als Experte zum Thema Terrorismus. Ich hatte das vage Gefühl, etwas von ihm gelesen zu haben, und stiess dann in einem versteckten Winkel meines Büchergestells auf ein Buch mit 423 Seiten aus dem Jahr 2016, das mir ein Freund geschenkt hatte. Titel: *Terrorisme, Mensonges politiques et stratégies fatales de l'Occident*. Die üble

Geschichte des *War on Terror* schön dokumentiert mit Fussnoten. Viele Partien im Buch habe ich unterstrichen, und am Schluss habe ich die ironische Bemerkung hinterlassen: *lu et approuvé* 18.01.2017.

Jacques Baud ist nicht der erste von der Europäischen Kommission sanktionierte Schweizer. Weniger bekannt, aber nicht weniger dramatisch ist der Fall der kamerunisch-schweizerischen Doppelbürgerin Nathalie Yamb. Die Influencerin engagiert sich, so sagt sie, gegen den französischen Neokolonialismus, gegen die *Franceafrique*. Auch hier ging die Initiative zur Sanktionierung von Frankreich aus, vom Land der Menschenrechte, mit dessen Kultur wir uns auf unseren Reisen weiterhin beschäftigen werden, mit Respekt und kritischer Distanz. Nach dem Verständnis der französischen Behörden handelt sie im Auftrag des Kremls. Selbständiges Denken können sie von einer Frau mit dunkler Hautfarbe ja nicht erwarten.

Nathalie Yamb wohnt in der Schweiz. Die Schweiz hat die Sanktionen gegen sie nicht übernommen. Trotzdem haben offenbar alle Banken ihre Konten gesperrt, weil sie Konsequenzen befürchten, falls sie EU-Sanktionen verletzen. Die in Afrika bekannte Bloggerin darf keine Zahlungen mehr für ihre Tätigkeit erhalten. Immerhin durfte sie ihr Konto bei der PostFinance behalten, wie sie in einem Interview im Dezember erklärte.

Es scheint, dass die offizielle Schweiz sich für die beiden sanktionierten Schweizer bisher nicht eingesetzt hat.

Rufe ich zu Solidaritätsaktionen auf? Eher zur Vorsicht. Ich kann mir vorstellen, dass es Spendenaufrufe im Internet geben wird von findigen Leuten, die das Geld für sich behalten. Ich wollte nur eine Weihnachtsgeschichte erzählen. Sie endet hier.

Gedanken zum Jahreswechsel

Wie viele andere Menschen auch stelle ich mir die Frage, ob 2026 ein Ende des Krieges in Europa bringt oder eine Ausweitung. Das ist das Hauptthema der nun folgenden Gedanken.

Da es auf unseren Reisen manchmal zu Diskussionen über politische Fragen kommt, die aber aus zeitlichen Gründen selten zu Ende geführt werden, formuliere ich hier einige Überlegungen schriftlich, im Sinn eines Denkanstosses. Was folgt, ist unvollständig und vereinfacht und trotzdem ziemlich lang. Wenn etwas unklar oder falsch ist, freue ich mich über Rückmeldungen. Generell freue ich mich über den Austausch mit Mitmenschen.

Wie schon klar geworden ist, bin ich besorgt, wenn zum Schutz der Demokratie die Demokratie abgeschafft wird.

Zur **Demokratie** gehörte bisher, dass es in der Gesellschaft **verschiedene Ansichten** zu politischen Themen geben durfte, nicht nur eine einzige alleinseligmachende Sichtweise. Der **Pluralismus** wurde bejaht und galt als Bereicherung. Europa war stolz auf die **Meinungs- und Pressefreiheit**. Während des Kalten Krieges durfte man die Prawda am Kiosk kaufen. Zahlreiche *Sowjetologen* lasen sie, besonders aufmerksam zwischen den Zeilen.

Unterschiedlichen Perspektiven interessieren uns auch auf unseren Reisen. Wir beschränken uns nicht auf die Ansicht *Ich vor dem Eiffelturm*. Hätten wir den Eiffelturm im Programm, so würden wir etwas sagen über den Architekten, über die Baugeschichte, über den Grund für den Bau und über diejenigen, die den Turm grässlich fanden.

Wir stellen uns jeweils Fragen: Wie beschreibt eine Autorin ihr Land, ihre Stadt? Welche Sujets bildet ein Maler ab? Warum malt Paul Cézanne so oft die Montagne Sainte-Victoire? Was meint

ein Franzose über Italien? Was will Stendhal in seinem Buch *La chartreuse de Parme* sagen? Was schreibt Madame de Staël über die Deutschen, zum Beispiel in ihrem Buch *De l'Allemagne*?

Europa hat kritische Traditionen. Es ist auf unserem Subkontinent nicht unüblich, alles gründlich und kritisch zu hinterfragen. Nicht einmal an Gott muss man glauben. Aber es gab Momente, da waren Zweifel verboten. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen um Covid. Und bis vor kurzem mussten wir alle glauben, dass Wolodymyr das Gute verkörpert und Wladimir das Böse.

Doch jetzt herrscht eine grosse Verunsicherung. Wenn der grosse Bruder mit dem Teufel spricht, schliesst er mit ihm einen Pakt? Dann wäre er wohl selbst böse. Da wir auf der Seite des Guten stehen, müssten wir uns dann eigentlich vom grossen Bruder lossagen, mit allen Konsequenzen. Aber haben wir den Mut dazu?

Könnte es sein, dass der grosse Bruder einen Weg gefunden hat, um den Teufel zu bändigen? Oder ist der Teufel gar kein Teufel, sondern nur ein gefallener Engel, der dank dem grossen Bruder wieder auf den rechten Weg gebracht werden kann? Oder war der ganze Krieg nur eine Falle, in die man den Teufel gelockt hat, die Ukraine eine Grube, um den russischen Bären zu fangen, das Ganze ein Versuch, das russische Regime ins Verderben zu locken, das Kartenhaus der Macht anzutippen, damit es einstürzt, ein Versuch, das geduldige und laut Experten ach so *leidensfähige* russische Volk mit Sanktionen dazu zu bringen, den angeblich todkranken Diktator aus dem Kreml zu jagen?

Mit solchen Fragen sind wir nun direkt beim Thema **Krieg in der Ukraine** beziehungsweise **Frieden in Europa** angekommen.

Warum gibt es Krieg?

Manchmal hört man als Erklärung, dass der Mensch ein Raubtier sei.

Das finde ich etwas zu einfach, denn es erklärt nicht, warum ich den Nachbarn am Leben lasse, wenn er mir auf die Nerven geht.

Braucht Europa Frieden?

Wenn der Krieg in der Ukraine wirklich ein Kampf zwischen Gut und Böse ist, darf es keinen Frieden geben, bis der Bösewicht *Putler* besiegt ist.

Nun könnte aber in Europa 2026 trotzdem der Frieden ausbrechen, auch wenn die Europäer sich dagegen sträuben und sich nicht eigenständig dazu entschliessen können.

Falls es Frieden gibt, freue ich mich für alle Überlebenden.

Es bestätigt sich dann aber auch ein bedenkliches Muster, nämlich **das Muster, dass Europa unfähig ist, seine Konflikte selbst zu lösen, und dass es deswegen von aussen befriedet werden muss**. Die Europäer erscheinen dabei wie zerstrittene Kinder auf dem Spielplatz, die von Erwachsenen getrennt werden müssen.

Vier Beispiele, die diesem Muster entsprechen:

1. Der Erste Weltkrieg. Der amerikanische Präsident Wilson schlug 1918 einen Friedensplan mit 14 Punkten vor und gab den Anstoss für die Gründung des

Völkerbunds. Die siegreichen Europäer korrigierten den Plan und schufen das, was Hitler und viele Deutsche dann als *Versailler Diktatfrieden* bezeichneten.

2. Dem Muster entspricht auch weitgehend das Ende des Zweiten Weltkriegs. Fast alle Länder Europa standen auf der falschen Seite der Geschichte. Stalin, Roosevelt und Churchill trafen sich in Jalta, ordneten Europa neu und gründeten die UNO. Man vermied danach einige Fehler der Vergangenheit. So verzichtete man weitgehend auf Reparationen. Die USA halfen beim Wiederaufbau im Westen. Die Sowjetunion half, obwohl sie selbst weitgehend zerstört war, beim Wiederaufbau im Osten.
3. Nach dem Kalten Krieg gab es wieder heisse Kriege. 1995 wurde der Friedensschluss für Bosnien in Dayton (Ohio) unterschrieben. Die Amerikaner sperrten die drei Kriegsgegner drei Wochen lang auf einer Luftwaffenbasis ein und zwangen sie zum Frieden. Die Europäer waren zum Friedensschluss eingeladen und durften zusehen bei der Unterzeichnung.
4. Auch der Friedensschluss zwischen Armenien und Aserbaidschan 2025 wurde nicht in Europa vorbereitet und verkündet. Die Europäer waren nicht einmal mehr Zuschauer.

Jetzt haben wir für den Krieg in der Ukraine einen amerikanischen 28-Punkte-Plan, der von Europäern überarbeitet wird und dabei vielleicht nicht besser wird. Die Wiederholung eines alten Musters.

Dabei wäre es doch so schön, an den Fortschritt der Menschheit zu glauben und an die Überwindung des Zwangs zur Wiederholung.

Warum interessiert mich nicht nur mit Geschichte, sondern auch Zeitgeschichte, Politik?

Nach meinem Verständnis habe ich als Staatsbürger die **Pflicht, politische Entwicklungen zu verfolgen** und mir Gedanken dazu zu machen. Warum? **Weil ich mich in einer direkten Demokratie als denkender Mensch an der Staatsführung beteiligen muss und darf.** Ich trage dadurch eine Mitverantwortung. Ich bin auch beeinflusst von Diskussionen zum Thema Kollektivschuld. Auch wenn ich gerade nicht darüber abstimmen kann, ob der Krieg in Europa weitergeführt werden soll oder ob Friede herrschen soll, so kann mir die Frage doch nicht gleichgültig sein.

Und so fahre ich fort mit meinen Gedanken.

Ich Sorge mich, weil es **keine Garantie dafür** gibt, **dass 2026 der Frieden ausbricht.** Was macht mich skeptisch?

Russland begründete seine sogenannte militärische Spezialoperation 2022 einerseits mit einer wahrgenommenen **Bedrohung** für die eigene Sicherheit, andererseits mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der mehrheitlich russischen und russischsprachigen Bevölkerung des Donbass. Diese Anerkennung kam nach acht Jahren Krieg zwischen Separatisten, die von Russland unterstützt wurden, und der ukrainischen Armee, die von westlichen Staaten unterstützt wurde, und nach dem Scheitern der Minsker Verträge.

Russland befürchtete, dass die Ukraine, die ursprünglich die Neutralität in der Verfassung verankert hatte, als NATO-Mitglied zur Basis für Angriffe gegen Russland werden könnte. Genau das ist sie aber heute, auch ohne NATO-Mitgliedschaft.

Die mächtigsten europäischen Länder haben auf dem Höhepunkt ihrer Macht im 19. und im 20. Jahrhundert jeweils Russland angegriffen. Russland hat die Angriffe abgewehrt, aber dabei enorme Verluste erlitten.

Deutschland hat eine historische Verantwortung angesichts der 6 Millionen ermordeten Juden und unterstützt deswegen Israel. Gibt es eine historische Verantwortung für die Ermordung von über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion? Besteht sie darin, dass man wieder Panzer nach Kursk schickt?

Parallel zu solchen Fragen, die man sich in Russland stellt, bestehen fertige und keineswegs geheime Konzepte für eine Aufteilung der grossen Landmasse Russlands mit ihren Bodenschätzen. Natürlich werden solche Pläne in wunderbar progressiv klingende Worthülsen gepackt. Man findet sie, wenn man beispielsweise *decolonizing Russia* in eine Suchmaschine eintippt. Zu solchen Konzepten hinzu kommt die reiche Erfahrung des Westens in der praktischen Durchführung von *regime change operations* sowie eine Regierungsführung in Russland, die man im Westen je nach Standpunkt als mangelhafte Demokratie oder als Diktatur bezeichnet. Es gibt also Gründe, die in Russland ein Gefühl der Bedrohung auslösen mussten.

Dass sich umgekehrt auch die Ukraine in ihrer Eigenständigkeit bedroht fühlt, ist bekannt und soll hier auch keineswegs bestritten werden.

Es ist schwierig, einen Krieg zu beenden, in dem beide Seiten sich bedroht fühlen, existenziell bedroht. Im vorliegenden Fall ist der Konflikt besonders schmerzhaft, weil das Verhältnis der beiden Staaten und ihrer Bevölkerungen zueinander so eng, so langfristig und so komplex ist. Ich will mich dazu hier nicht weiter äussern. Es sind darüber Bücher geschrieben worden.

Wer sich bedroht fühlt, wünscht sich militärischen Schutz. Waffensysteme. Das Grundproblem des militärischen Schutzes ist aber, dass die andere Seite den Schutz nicht als Schutz sieht, sondern als Bedrohung. Die neuen Waffensysteme aller Art, die Schutz bieten sollen, sind gleichzeitig legitime militärische Ziele. Sie sind dort, wo man sie aufstellt, eine Bedrohung. Darum wird man Raketenwerfer nicht zwischen Wohnblöcken aufstellen, sogar wenn man sein Land verteidigt – ausser dann vielleicht, wenn man sich um den Schutz der Zivilbevölkerung nicht kümmert und man dringend frische Bilder von ausgebombten Wohnungen braucht, um mehr Geld aus dem Ausland für die Fortsetzung des Krieges zu erhalten.

Im Ukrainekrieg kämpfen nicht nur Ukrainer und Russen. Es kämpften Nordkoreaner in Kursk. Auf der Seite der Ukraine sind viele westliche Armeen und die Waffenindustrie in jedem erdenklichen Bereich involviert – bisher mit Ausnahme des Einsatzes von regulären Truppen. Während die USA inzwischen versuchen, sich aus dem Krieg zurückzuziehen, verkünden europäische Politiker eine **Zeitenwende**, übernehmen die Finanzierung der Ukraine und verordnen **Kriegsbereitschaft** in wenigen Jahren.

Der Konflikt hat sich inzwischen vier Jahre lang intensiviert. Er folgt einer Logik der Eskalation, geographisch, finanziell und technologisch. Auf beiden Seiten wurde viel Geld und grosse Kreativität in die Tötung anderer Menschen investiert. Wenn nun von aussen ein Frieden durchgesetzt wird, sind schmerzliche Umorientierungen fällig. Wozu die hohen Rüstungsausgaben, wenn die Waffen dann doch nicht gebraucht werden? Wozu all die Bemühungen, neue Waffen zu entwickeln, wenn man sie nicht im Feld unter realen Bedingungen testen kann? Es stellt sich dann auf beiden Seiten auch die Frage, ob die Kameraden umsonst gefallen sind, wenn der Krieg nicht heldenhaft fortgesetzt wird bis zum Sieg.

Es wird also Widerstände gegen einen Friedensschluss geben, auf beiden Seiten. Wie werden sich die Amerikaner angesichts dieser Widerstände verhalten? Sie werden oft als Pragmatiker beschrieben. Sie konzentrieren sich wohl lieber auf die Schlachtfelder, auf denen sie überlegen sind. Das ist gewiss nicht unklug. Werden sie ihre Versuche, Europa zu befrieden, nicht nächstens aufgeben, wenn sie sehen, dass es aussichtslos ist? Können sie sich nicht damit begnügen, den Europäern ihre Waffen zu verkaufen?

Eine Gruppe von Staaten, die sich zu einer **Koalition der Willigen** zusammengeschlossen haben, befürwortet die Wiederherstellung der alten Grenzen der Ukraine, russische Reparationszahlungen und den Aufbau einer grossen westlichen Militärpräsenz in der Ukraine als Sicherheitsgarantie. Solche Bedingungen lassen sich wohl kaum ohne eine Niederlage der Atommacht Russland durchsetzen, weil ja die steigende westliche Militärpräsenz und die beabsichtigte Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO ein wichtiger Grund für den Krieg waren. Darum stellt sich die Frage, ob diese Staaten nicht eigentlich den Krieg verlängern wollen im Bestreben, eine Niederlage der Ukraine so lange zu verhindern, bis in den Vereinigten Staaten wieder die Kräfte an die Macht kommen, die sich vorgenommen haben, die Russische Föderation militärisch zu besiegen.

Was mir besonders auffällt, ist die Tatsache, dass die Politiker dieser entschlossenen Staaten und die Medien seit wenigen Wochen den Begriff *Coalition of the willing* wieder verwenden.

Genau diesen Begriff verwendeten die Staaten, die **2003** einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den **Irak** führten, der Hunderttausende von Toten forderte und für den die Täter nie zur Rechenschaft gezogen wurden.

Im Irak gab es angeblich Massenvernichtungswaffen, bereit zum Einsatz gegen uns. Das hatten amerikanische und britische Geheimdienste zweifelsfrei festgestellt. (Wenn Geheimdienste nicht Informationen sammeln und analysieren, sondern alternative Realitäten konstruieren, kann es nicht gut enden.) Heute wissen wir, dass die Begründung für den Krieg eine Lüge war. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.

Das heisst nicht unbedingt, dass es die Wahrheit nicht mehr gibt, aber oft wird sie verstümmelt, und jedenfalls ist sie versteckt, so dass man sie suchen muss. Oft zeigt sie sich erst nach dem Krieg wieder.

Die Lüge von 2003 glaubten schon damals nicht alle. Der UNO-Sicherheitsrat wusste Bescheid dank den UNO-Waffeninspektoren unter Hans Blix. Der Angriffskrieg der USA wurde von der UNO nicht gebilligt, es bestand kein UNO-Mandat, darum war der Krieg illegal, völkerrechtswidrig, auch wenn unsere Medien sich davor hüteten, den Krieg in ihren täglichen Nachrichtensendungen als *völkerrechtswidrigen Angriffskrieg* zu bezeichnen.

Um den Eindruck zu erzeugen, die ganze Welt kämpfe gegen den Irak und seine gefährlichen Massenvernichtungswaffen, versammelten die USA und Grossbritannien die *Koalition der Willigen* um sich.

Neben den Vereinigten Staaten beteiligten sich am Krieg gegen den Irak 48 Staaten, darunter auch, gemäss einer Liste vom März 2003, die folgenden Staaten in Europa, die sich inzwischen meist wieder gerne auf das Völkerrecht berufen: Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, Dänemark, Estland, Georgien, Grossbritannien, Island, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn.

Es gab in diesem Krieg Täter, es gab Komplizen. Gab es Sanktionen gegen die Angreifer? Gab es nach dem Krieg einen Nürnberger Prozess, gerechte Strafen für die Verbrechen gegen den Frieden? Was ist mit den Tätern geschehen? Sitzen sie im Gefängnis? Wurden die Opfer entschädigt? Bat man sie um Entschuldigung? Gab es Reparationszahlungen? Gab es eine Versöhnung? Alle diese Fragen können wir getrost verneinen. Es gab nur das Vergessen. Amnesie.

Vergessen ist auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien im Jahr 1999, angeblich zur Prävention einer humanitären Katastrophe. Auch er wurde vom UNO-Sicherheitsrat nicht gebilligt und war deswegen illegal (*völkerrechtlich umstritten*, heisst es milde in der westlichen Sprachregelung).

Wie glaubwürdig ist es wohl, wenn westliche Staaten sich nun plötzlich für das **Völkerrecht** einsetzen, nachdem sie sich jahrzehntelang darüber hinweggesetzt haben, nachdem sie sich geweigert haben, die eigene Vergangenheit, die eigenen Völkerrechtsverletzungen anzuerkennen und zu verarbeiten? Bräuchte es nicht zuerst so etwas wie **Vergangenheitsbewältigung**?

Im Fall der *Coalition of the Willing* gab es nicht einmal einen Ansatz dazu, und so geschieht es, dass man den alten Begriff, der an ein kollektives Verbrechen erinnert, unbeschwert und unbekümmert wieder in den politischen Diskurs einführen kann. Sozialisten, die gleichzeitig den Nationalstaat stärken wollen, würden sich davor hüten, sich als *Nationalsozialisten* zu bezeichnen, weil der Begriff historisch belastet ist. Aber im Fall Irakkrieg gibt es keine Last, alles ist längst vergessen. Er war ja nur eine kurze, blutige Episode im grossen Krieg der USA und Israels zur Umgestaltung und Unterwerfung des Nahen Ostens.

Ausserhalb Europas und ausserhalb der westlichen Allianz, dort vielleicht, wo man die Verbrechen erlitten hat, sieht man die Dinge wohl anders. Man wird sich dort nicht freuen über die Bildung einer solchen *Koalition der Willigen*. Und man wird diesen Staaten beim nächsten Krieg nicht glauben, dass es ihnen um das Völkerrecht geht. Den moralischen Führungsanspruch Europas wird man dort vermutlich nur höflich belächeln. Dass auch innerhalb von Europa nicht viel Begeisterung für diese Koalition besteht, zeigen die Popularitätswerte von Merz, Macron und Starmer.

Trotz der europäischen Amnesie wächst in Europa das Bewusstsein dafür, dass das Völkerrecht in der Krise ist. Man vernimmt, dass die USA Grönland übernehmen wollen. Die USA behaupten, dass sie das Land für ihre Sicherheit brauchen. Angesichts des Begehrens des grossen Bruders regen sich in Europa völkerrechtliche Bedenken.

So wird es opportun, über eine neue Sicherheitsarchitektur nachzudenken, die alle Staaten einbezieht und die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.

Um ein neues System kollektiver Sicherheit einzuführen, war bisher die gewaltsame Zerstörung des vorherigen Systems nötig. So brauchte es den Zweiten Weltkrieg, um das System des Völkerbunds mit dem System der Vereinten Nationen (UNO) zu ersetzen.

Und jetzt, was tun? Warten auf einen Dritten Weltkrieg? Oder wäre es besser, das gegenwärtige System zu stärken, die UNO, die OSZE?

Die UNO zu stärken, das hiesse wohl auch, mal den Text der **UNO-Charta** zu lesen, daheim in der warmen Stube zum Beispiel.

Wenn je die Absicht bestanden hätte, den Frieden auf der Welt zu stärken, dann hätte man in den letzten 80 Jahren die UNO-Charta an allen Schulen und an allen Universitäten der Welt studiert und diskutiert. Keine Matura ohne Prüfung zur UNO-Charta.

Man hätte den Jahrestag der Unterzeichnung, den 26. Juni, jedes Jahr gefeiert statt verschwiegen. Die USA und die Stadt Francisco hätten jedes Jahr alle Staatschefs der Welt eingeladen und hätten sich dabei als Verteidiger des Völkerrechts profiliert. Alle hätten sich zugeprostet und die Gültigkeit der UNO-Charta öffentlich bekräftigt. Das ist nie geschehen, auch nicht bei runden Jubiläen. Jimmy Carter erhielt den Nobelpreis für Frieden 2002, Barack Obama 2009. Auch diese beiden Friedensengel kamen nie auf die abwegige Idee, eine solche Feier zu organisieren.

Die UNO-Charta wurde auch kaum gelesen, vermutlich aus Nachlässigkeit, aber sicher auch, weil die mächtigen Staaten lieber ihre eigenen, sehr flexiblen Regeln durchsetzen, *the rules-based world order, die regelbasierte Weltordnung* - so die heutige Floskel - was sie wert ist, zeigen die neuen Handelszölle. Die UNO-Charta wird jeweils bewusst nicht erwähnt. Auch die sogenannte Zivilgesellschaft hat es versäumt, das Völkerrecht bekanntzumachen und zu verteidigen. Tausende Hilfswerke, Vereine, NGOs und Prominente kämpfen für Menschenrechte. Dafür gibt's auch staatliche Kofinanzierungen. Wie viele NGOs kämpfen für das Völkerrecht?

Eine Lektüre der UNO-Charta lohnt sich trotzdem. Sie ist ein historisches Dokument und gleichzeitig geltendes Völkerrecht. Zumindest die Präambel und die zwei ersten Artikel sollte man mal aufmerksam gelesen haben. Sonst gilt leider weiterhin: Stell dir vor, es gibt ein Völkerrecht und niemand kennt es.

Der Text der Charta ist nicht perfekt. Er enthält die Widersprüche, die auch in der Realität ausserhalb der Rechtsfakultäten existieren. Das **Selbstbestimmungsrecht der Völker** und das **Prinzip der territorialen Integrität**, zwei wichtige Prinzipien, passen manchmal nicht zusammen.

Es gibt beispielsweise, soweit ich informiert bin, keine international verbindliche Regel, die festlegen würde, ob ein Individuum sich

- a) als Mitglied eines Volkes verstehen darf, das sein legitimes politisches Selbstbestimmungsrecht einfordern kann, oder nur
- b) als Mitglied einer nationalen Minderheit, der zwar Teilnahme an der politischen Macht im Staat zusteht und kulturelle Rechte, aber nicht eigene Staatlichkeit, oder nur
- c) als Staatsbürger ohne ethnisch oder kulturell begründete Sonderrechte, aber doch mit dem Recht, nicht diskriminiert zu werden.

Es ist die politische, manchmal auch die militärische Geschichte, die diese Frage im Einzelfall entscheidet. Der Terrorist von gestern kann der Nationalheld von morgen werden, so geschehen im Fall des Guglielmo Oberdan, mit dem wir uns auf unserer Reise im Herbst 2024 in Triest beschäftigt haben.

Wie Staaten mit Minderheiten umgehen und Minderheiten mit ihren Staaten, ist eigentlich eine innere Angelegenheit, in die sich von aussen niemand einzumischen hat laut der UNO-Charta. Es gibt gewiss Regeln und Empfehlungen für den Umgang mit Minderheiten, aber auch einen Spielraum für den Umgang der Staaten mit Fragen im Spannungsfeld zwischen Staatssicherheit

und Menschenrechten. Jedenfalls sind Gegensätze zwischen Mehrheiten und Minderheiten ein Bereich, in den sich die Grossmächte gerne einmischen, wo sie auch mal gerne Öl ins Feuer von Konflikten schütten, um Druck auf Regierungen auszuüben, die sich nicht wunschgemäss verhalten. Es gibt im Umgang mit dieser Frage unterschiedliche Betrachtungen im Westen und im Osten.

Von westlichen Staaten wird das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes in einem Fall bejaht (Beispiel Kosovo), in einem anderen Fall verneint (Beispiel Krim und Donbass). Umgekehrt betrachtet Russland den Kosovo weiterhin als Teil von Serbien, China hat eine ähnliche Position, und auch für die UNO gibt es keinen unabhängigen Staat Kosovo.

Die Krim wurde seit 1954 ein Teil der Ukraine, ohne dass darüber diskutiert oder abgestimmt worden wäre. Vorher gehörte sie zu Russland. Im Jahr 2014 fand eine Volksabstimmung statt, in der die Mehrheit einen Anschluss an Russland befürwortete. Aus russischer Sicht hatte die Republik Krim damit Gebrauch gemacht von ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Ähnliche Abstimmungen fanden im Donbass und zwei weiteren Oblasts 2022 statt.

Die Abstimmungen fanden unter äusseren Umständen statt, die sicher nicht ideal waren: Euromaidan 2014 in Kiew (je nach Sichtweise der notwendige Sturz eines unpopulären Präsidenten oder ein von den USA finanzierter und organisierter Putsch), Krieg im Donbass seit 2014, russische Militäroperationen 2022 in den beiden anderen Oblasts. Wie weit die Resultate der Abstimmungen dem Willen der Bevölkerung entsprachen, weiss ich nicht. Eine Wiederholung der Abstimmungen unter internationaler Aufsicht wäre eine mögliche Lösung, um die Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete festzulegen. So weit ich informiert bin, ist die Ukraine aber nicht interessiert an einer Wiederholung der Abstimmungen.

Ich bin eigentlich nicht der Meinung, dass man auf dem Gebiet bestehender Staaten neue Staaten anerkennen soll, und es widerspricht der UNO-Charta. Trotzdem geschieht es laufend. Letzte Woche anerkannte Israel Somaliland als Staat. Wo liegt Somaliland? Auf dem Gebiet des Staates Somalia. Regt sich jemand auf über die Verletzung des Völkerrechts?

Ein anders gearteter möglicher Abspaltungsfall, der früher oder später zu einem Krieg führen kann, ist Taiwan, eine Insel mit dem offiziellen Namen *Republik of China*. Die Insel gehört völkerrechtlich zu China. Taiwan, also die Republik China, vertrat China sogar bis 1971 als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat.

Obwohl die meisten westlichen Staaten heute nicht Taiwan, sondern die Volksrepublik China anerkennen, obwohl sie aus diesen Gründen auch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhalten, stellen viele Politiker und fast alle Mainstream-Medien Taiwan quasi als eigenständigen Staat dar. Vermutlich geschieht dies im Bestreben, im Falle eines Konflikts ein schon festgelegtes Täter-Opfer-Narrativ bereitzuhalten, um dann militärische Hilfe für das Opfer zu organisieren beziehungsweise die Volksrepublik China in einen Krieg zu verwickeln, der dann als Taiwans Verteidigungskrieg präsentiert werden kann. China wird in dieser zukünftigen Erzählung die Rolle des bösen Ungeheuers zugewiesen, das den kleinen Nachbarn frisst. Dabei hat Taiwan selbst gar nie erklärt, es sei ein unabhängiger Staat.

Juristisch gesehen ist die Beziehung Chinas zu Taiwan eine innere Angelegenheit Chinas. Auch Tibet gehört zu China. Andere Länder haben sich in innere Angelegenheiten nicht einzumischen. Das heisst wiederum noch lange nicht, dass man alles gutheissen muss, was im Inneren eines Landes geschieht. Aber es sind die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Chinas, Mehrheiten und Minderheiten, die sich organisieren und miteinander auskommen müssen, die

Han 汉族, die 55 anderen anerkannten Minderheitenvölker und die Leute aus Hongkong, Macao und Taiwan.

Die Schweiz geht wohl respektvoller mit Minderheiten um als viele andere Länder. Sie hatte bei ihren internen Auseinandersetzungen aber auch das unsägliche Glück, dass es wenig Einmischung von aussen gab. Man stelle sich vor, wie hilfreich zum Beispiel ein *Engagement* Frankreichs im Jurakonflikt gewesen wäre.

Die UNO-Charta regelt zwar nicht alles, aber sie formuliert eine glasklare **Regel** für die Beziehungen zwischen den Staaten. **Bei Konflikten zwischen den Staaten braucht es Gespräche.** *All Members shall settle their international disputes by peaceful means.* So steht es geschrieben. Das ist die Grundregel. Krieg zwischen UNO-Mitgliedern ist verboten. Es ist auch ausdrücklich verboten, mit militärischer Gewalt zu drohen.

Weil Krieg damit illegal geworden ist, gibt es seit dem Zweiten Weltkrieg auch keine Kriegsministerien mehr, sondern nur noch Verteidigungsministerien.

Ausser in dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in dem die UNO-Charta im Juli 1945 unterzeichnet wurde. Dort hat man die UNO-Charta nicht nur formuliert, sondern inzwischen auch schon überwunden. Dort gibt es neuerdings das *U.S. Department of War* mit dem *Secretary of War* an der Spitze.

Weil Krieg illegal ist, werden auch keine Kriege mehr erklärt und offiziell auch nur noch selten geführt. Dafür gibt es überall auf der Welt Spezialoperationen, nicht nur in der Ukraine. Die USA und Israel haben in den letzten Jahrzehnten Hunderte solcher Operationen ausserhalb ihres Territoriums durchgeführt, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Es werden fast täglich irgendwo Terroristen getötet, Ziele angegriffen, präventive Schläge oder Vergeltungsschläge geführt, Bedrohungen eliminiert, feindliche Kräfte neutralisiert, Kommandozentralen ausgeschaltet, alles ganz schön chirurgisch, sorgfältig, ohne böse Absichten und immer zum Wohle der Menschheit, leider mit *collateral damage* unter den Teilen der Menschheit, die zum Wohle der Menschheit geopfert werden müssen.

Braucht es einen Dritten Weltkrieg, damit diese Menschheit samt ihren Führungseliten lernt, dass man Konflikte ausdiskutieren soll, nicht auf dem Schlachtfeld ausfechten?

Vor 80 Jahren explodierten zwei **Atombomben** über japanischen Städten. Es handelte sich dabei um den ersten und den letzten militärische Einsatz dieser Waffen. Die Bomben wurden seither weiterentwickelt. Sie sind inzwischen viel stärker, und sie stehen zu Tausenden zur Verfügung.

Zur Zeit des Kalten Krieges stellte sich ein **Gleichgewicht des Schreckens** ein. In Abmachungen zwischen den Grossmächten wurden versucht, das Risiko eines Atomkrieges zu reduzieren. Aber ein Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen wurde 2019 von den USA gekündigt. Der seit Februar 2011 geltende New-START Vertrag (*Strategic Arms Reduction Treaty*) zwischen den USA und Russland läuft im Februar 2026 aus. Es scheint, dass beide Seiten gewillt sind, sich weiterhin an den Vertrag zu halten, auch wenn sie sich gegenseitig nicht mehr das Recht auf Kontrollflüge über ihren Territorien geben.

Kann das Gleichgewicht des Schreckens weiterbestehen, wenn mit der zeitlichen Distanz der Schrecken abnimmt?

Der russische Politikwissenschaftler Sergei Karaganov, ein Vertreter der Gegenseite, fordert seit etwa zwei Jahren den militärischen Einsatz einer Atombombe in der Ukraine zur Ernüchterung europäischer Politiker. Wie verbreitet seine Meinung ist, weiss ich nicht. Russland wird den Krieg voraussichtlich auch ohne den Einsatz einer Atombombe auf dem Schlachtfeld gewinnen, was aber nicht reicht, um den Krieg zu beenden. Russland hat seit 2024 eine neue Nukleardoktrin, die den Ersteinsatz von Atomwaffen unter gewissen Umständen nicht mehr ausschliesst. Wie und ob die neue Doktrin umgesetzt wird, werden wir sehen oder erleben. Darüber entscheiden können wir nicht.

Was kann die Schweiz für den Frieden tun? Hier meine Wunschliste.

Der wichtigste Beitrag zum Frieden, den die Schweiz leisten kann, ist, dass sie existiert und dass sie ihren Charakter beibehält, dass sie Schweiz bleibt, neutral, besonnen und mehrsprachig. Dazu gehört für mich auch, dass wir die Sprachen unseres Landes als Priorität lernen sollen. Darin zeigt sich, ob wir als Land zusammengehören wollen. Englisch, russisch und chinesisch können wir dann immer noch lernen.

Ich habe nichts dagegen, wenn die Schweiz versucht, ein Vorbild zu sein.

Was sonst tun? Die Freiheit der Information und der Meinungen verteidigen, auch auf europäischer Ebene - denken wir an unsere Weihnachtsgeschichte. Keine Zensur, kein staatliches Verbot ausländischer Information und *Desinformation*. Bei Bedarf genügen korrigierende Stellungnahmen zu konkreten Falschnachrichten. Die Information zirkulieren lassen, auch wenn Information im Krieg immer mit Propaganda vermischt ist, von welcher Seite sie auch kommen mag.

Allen Seiten gegenüber freundlich und zugleich kritisch bleiben und sich als Staat nicht vereinnahmen lassen. Die UNO-Charta lesen. Den UNO-Standort Genf stärken. Sich nicht schämen für die Neutralität, sondern aus Überzeugung und glaubwürdig neutral bleiben. Dazu gehört auch, dass die Schweiz sich keinem Militärbündnis annähert und keine Waffen in Kriegsgebiete und an Kriegsparteien ausführt.

Sich den Sanktionen anschliessen, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen werden. Die fast automatische Übernahme der Sanktionspakete der Europäischen Union gegen Russland, aus Überzeugung oder aus voreuseilendem Gehorsam, fand ich hingegen problematisch. Die Teilnahme an Wirtschaftskriegen widerspricht der Neutralität. Es fragt sich auch, wie klug die Sanktionen für die EU waren. Zumindest sollte die Frage ernsthaft diskutiert werden mit dem Ziel, der Schweiz die grösstmögliche Handlungsfreiheit zu bewahren.

Weiter soll die Schweiz wie bisher die sogenannten Guten Dienste anbieten, wenn Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zueinander abgebrochen haben. Zur Rolle der Schweiz gehört auch, für die Opfer aller Konflikte und aller Seiten humanitäre Hilfe zu leisten, auch für die Opfer auf der unsympathischen Seite. In diesem Sinne sollte die Schweiz die Finanzierung des IKRK verstärken, im Interesse der humanitären Arbeit. Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass die unparteiische humanitäre Rolle der neutralen Schweiz die Sicherheit des Landes viel effektiver schützt als die Armee, weil sie nämlich niemanden bedroht.

Sehr wichtig scheint mir, dass die Zusammenarbeit mit Rüstungs- und Technologiekonzernen, die sich an einem Genozid beteiligt haben, beendet wird. Es gibt einen Punkt, wo die Neutralität aufhört, wo sich moralische und juristische Fragen der Komplizenschaft stellen. Eine heisse Kartoffel. Die Medien schweigen tapfer.

Und wenn die Schweiz eine Friedenskonferenz organisiert, soll sie bitte alle Beteiligten einladen.

Alles nicht so kompliziert.

Im Jahr 2026 wird sich zeigen, ob Europa sich zum Frieden hin entwickelt oder ob der Krieg fortgesetzt und womöglich ausgeweitet wird, mit stetig steigenden Risiken.

Meine Hoffnung ist, dass besonnene Menschen den ganz grossen Krieg verhindern, und dass die Dynamik hin zum Frieden sich verstärkt.

Der Text formuliert die Gedanken des Jahres 2025 des Ethnologen Michael Tschanz, der fast zwanzig Jahre seines Lebens bei den Barbaren verbracht hat, also ausserhalb Europas.

2026, das weiss ich, sieht die Welt wieder ganz anders aus.

Michael Tschanz, Sylvester 2025